

Deutschland braucht mutige Zuwanderungspolitik

Vorsitzender des Sachverständigenrats: Fachkräfte händeringend gesucht - "Marshall-Plan" für Nordafrika?

Deutschland braucht mehr qualifizierte Zuwanderung und dafür zukunftsfeste "mutige Konzepte". Das fordert der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) in seinem Jahresgutachten 2011. SVR-Vorsitzender Klaus J. Bade erläuterte unserer Zeitung die Schwerpunkte der Studie.

NÜRNBERG - Mutige Konzepte sehen für den aus Nürnberg stammenden Migrations-Experten so aus: Sie müssten ein aktuelles und ein langfristiges Konzept haben, um Fachkräften und Hochqualifizierten (auch aus muslimisch geprägten nordafrikanischen Staaten) die Zuwanderung zu erleichtern. Und sie brauchten eine andere Einschätzung der Bürger durch die Politik, ein, wie es in der Studie heißt, "Ende des Versteckspiels unter Berufung auf Ängste der Bevölkerung".



Schlechte Noten für die Politik: Migrations-Experte Klaus J. Bade.

privat

Die Bürger seien viel informierter, sachlicher, belastbarer und fordernder als die Politik glaube, betont Bade. Die Mehrheit wolle, dass mehr Hochqualifizierte kommen und weniger abwandern; sie sei bereit, Flüchtlinge leichter aufzunehmen, wünsche aber keine Einwanderung von Unqualifizierten. Das wäre "eine solide Grundlage für eine vernünftige und mutige Politik". Doch es geschehe nichts, weil Politiker behaupteten, die Bürger fühlten sich durch Zuwanderung aus anderen Kulturen bedroht. Für Bade ist das "Quatsch" und Ergebnis einer "Bierdeckel-Demoskopie".

Aktuell schlägt der SVR ein Drei-Säulen-Modell vor: Erstens müsse Mindesteinkommen für ausländische Hochqualifizierte von derzeit 66 000 Euro auf rund 40 000 Euro brutto im Jahr heruntersetzt werden. Zweitens sollten internationale Studenten in Deutschland gezielt angesprochen werden, damit sie blieben. Sie seien jung, qualifiziert, sprachbegabt und somit die "idealen Zuwanderer". Sie sollten nicht nur ein, sondern zwei Jahre Zeit bekommen, um sich nach einem Beruf umschauen zu können. Bade plädierte drittens dafür, ein flexibles Zuwanderungssystem zu testen, bei dem Punkte für bestimmte Qualifikationen vergeben werden, die gerade gefragt seien. Man könne es auch "qualifikationsorientiertes Zulassungssystem" nennen, weil etliche Politiker das Reizwort "Punktesystem" scheuten.

Abwanderung stoppen

Langfristig müsse man die Abwanderung von Hochqualifizierten stoppen und gleichzeitig Spezialisten anwerben, auch um den ganz normalen Fachkräftemangel zu beheben, der durch Abwanderung entstehe und durch den demographischen Wandel verschärft werde: "Wir schrumpfen und vergreisen." Deutschland verliere pro Jahr 130 000 Erwerbstätige, sagt Bade. Man brauche aber auch saisonale, also befristete Zuwanderung in unqualifizierte Bereiche.

Im Zusammenhang mit der Flüchtlingswelle aus Nordafrika plädieren die Sachverständigen für eine Art europäischen Marshall-Plan. Damit sollten dort Wachstumsschübe ausgelöst und die Menschen überzeugt werden zu bleiben. Das erfordere ein hohes Maß an Rechtssicherheit, Korruptionsfrei-

heit und Entfaltungsmöglichkeiten, betont Bade. Grundvoraussetzung sei, rasch stabile wirtschaftliche Verhältnisse zu schaffen. Noch aber schottet sich Europa ab. Der SVR-Vorsitzende kritisiert, dass viele Länder Außenwirtschafts- und Flüchtlingspolitik aus innenpolitischen und wahltaktischen Gründen betrieben und deswegen - wie es im Gutachten heißt - Abwehrhaltungen vor allem gegen Zuwanderung aus muslimischen Ländern schürten. "Die Deutschen intervenierten nicht in Libyen, weil in Baden-Württemberg Wahlkampf war", sagt Bade, und der italienische Innenminister spiele die Flüchtlingsfrage so hoch, um vom Prozess gegen Berlusconi abzulenken. Doch Europa habe "die verdammte Pflicht und Schuldigkeit", endlich ein gemeinsames Einwanderungsprogramm vorzulegen.

Bade wendet sich auch entschieden dagegen, Boat People pauschal als Wirtschaftsflüchtlinge zu denunzieren. "Man muss genauer hinschauen." Freilich dürfe man nicht einerseits reguläre Zuwanderungsmöglichkeiten schaffen und andererseits über irreguläre Einwanderung hinwegsehen, sonst kämen noch mehr illegal.

Der SVR-Vorsitzende hält noch einen anderen Aspekt für wichtig: Man könne Flüchtlinge, die eigentlich abgewiesen werden müssten, auf ihre Qualifikationen hin befragen. Vielleicht entsprächen ja etliche "den Kriterien, nach denen wir händeringend Zuwanderer suchen". Warum also sollte man diesen nicht die Einwanderung ermöglichen, zu beider Vorteil.